

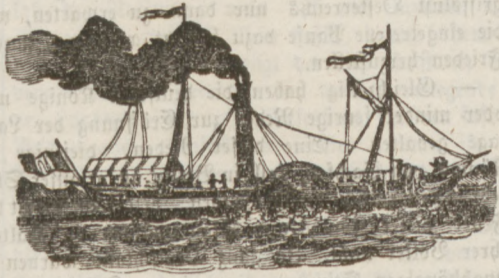
Danziger Dampfboot.

№ 124.

Donnerstag, den 31. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1866.

37ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Neimeyer's Centr.-Bzg.- u. Annonc.-Bureau.
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau.
In Breslau: Louis Stanger's Annonc.-Bureau.
In Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro Juni beträgt hier 10 Sgr. Auswärtige wollen den Betrag incl. Postprovision mit 15 Sgr. direct an unsere Expedition franco einsenden.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Mittwoch 30. Mai.

Die „Börsenhalle“ bringt nachstehendes Telegramm aus Lima vom 27. April. Die spanische Flotte ist daselbst angekommen. Gleich nach der Ankunft notifizirte der Admiral der Stadt, daß die Feindseligkeiten am 1. Mai, die Blockade am 3. Mai beginnen würden. Die Waaren wurden darauf in Sicherheit gebracht.

Kiel, Mittwoch 30. Mai.

Bei einer Schlägerei zwischen Oesterreichern und Preußen auf dem Schützenhofe von Brunsbüvells sind nach amtlichen Ermittlungen keine Tötungen vorgekommen. Die Untersuchung ist eröffnet.

Dresden, Mittwoch 30. Mai.

Die Bestimmung der Telegraphenordnung, welche bei Privatdepeschen eine Chiffreschrift gestattet, ist durch Ministerialerlaß bis auf Weiteres aufgehoben worden.

Frankfurt a. M., Mittwoch 30. Mai.

Die „Europe“ veröffentlicht den Inhalt der Einladungdepesche, die dem Freiherrn v. Kück durch den beim Bundestag accreditirten französischen Gesandten übergeben worden ist. Die vom 28. d. datirte Mittheilung lautet im Wesentlichen: Die zwischen Oesterreich und Preußen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ausgebrochene Differenz ist zum Gegenstande großer Sorgen für Europa geworden. Die öffentliche Meinung ist durch die Möglichkeit eines Krieges aufgeregt, durch welche so viele der verschiedenen Interessen berührt werden. Frankreich, Großbritannien und Rußland konnten selbst nicht ohne Unruhe der Möglichkeit eines Kampfes in's Auge sehen, bei welchem Staaten, für die sie gleiche Freundschaft hegten, einander gegenüberstehen würden. Die gewichtigsten Erwägungen haben sie bewogen, die Mittel hervorzufragen, durch welche diese Gefahr beschworen werden kann. Die drei Mächte sind in Bezug auf diesen Gegenstand in ein und demselben Gedanken des Friedens und der Versöhnung mit sich zu Rathe gegangen und haben sich darüber verständigt, um zu gemeinsamen Beratungen die Regierungen einzuladen, welche in die Streitfrage mit verwickelt sind, oder in dieselbe hineingezogen werden können, nämlich Oesterreich, Preußen, Italien und den deutschen Bund. Der Gegenstand dieser Beratungen drängt sich von selbst allen Gemüthern auf. Es handelt sich in dem Interesse des Friedens auf diplomatischem Wege über die Herzogthümerfrage, über die Frage der italienischen Differenz und endlich über die Reformen, die in der Bundesacte vorzunehmen sind, insofern die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts ein Interesse daran nehmen kann, Beschlüsse zu fassen. Wenn der hohe Deutsche Bund darein willige, diesem Rufe zu folgen, so möge sein Bevollmächtigter sich in Paris denen Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands anschließen. — Die Depesche schließt: Die Regierung des Kaisers hegt das Vertrauen, daß die Mächte, welche sich gegenwärtig mit den Vorbereitungen zum Kriege beschäftigen, geneigt sein werden, dieselben, indem sie dem Vorschlage der drei Höfe beitreten, zu

suspendiren, selbst dann, wenn sie Anstand nehmen sollten, ihre Streitkräfte auf den Friedensfuß zurückzuführen.

— Die Ausschußberathung über die Wahl und die Instructionen des Bundesbevollmächtigten ist noch nicht anberaunt, da der Präsidialgesandte noch ohne Instruction ist.

München, Mittwoch 30. Mai.

Die Staatsregierung verlangte von der Kammer für außerordentliche Militärbedürfnisse eine Kreditbewilligung von 31,512,000 Gulden, die durch Anleihen und durch andere Finanzoperationen aufzubringen sind.

Wien, Mittwoch 30. Mai.

Die die Konferenzen betreffenden Mittheilungen Frankreichs, Englands und Rußlands sind gestern dem Grafen Mensdorff übergeben worden. — Die „Wiener Abendpost“ sagt über die vertraulichen Mittheilungen, welche Herr v. Savigny dem Reuner-Ausschuß in Betreff des preussischen Reformprojectes gemacht hat: ein Programm seien diese Mittheilungen schwerlich zu nennen; sie enthielten nicht viel mehr als die Schlagworte eines möglicherweise existirenden Programms, aber ohne innere Verbindung, ohne Angabe des Zusammenhanges und des Verhältnisses, in welchem die projectirten Einrichtungen zu einander gedacht werden. — Das Blatt sagt weiter: Sieht man von dem Vorschlage eines Parlaments ab, welcher das Delegirten-Project ersetzen soll, so könnte man ohne besonderen Zwang die preussischerseits abgelehnte Reformakte in den Rahmen der vertraulichen Mittheilungen einpassen. Regulirung des Verkehrswesens, Freizügigkeit, allgemeines deutsches Heimathrecht — Alles dieses und noch viel mehr hat seine Stelle bereits in jenem Vorschlage gefunden. Schwerlich wird der Kern der preussischen Propositionen in der prinzipiellen Anerkennung von Forderungen liegen, die Jedermann geläufig geworden sind. Eine Revision der Bundeskriegsverfassung dürfte so ziemlich das punctum saliens des preussischen Vorschlages sein; allein die Details auch dieser interessanten Parthie werden in eine sehr allgemeine Redewendung eingewickelt und entziehen sich der Beurtheilung eben so wie die anderen Punkte. Die vertraulichen Mittheilungen scheinen im Ganzen zu bestätigen, daß jene Regierungen im vollen Rechte waren, welche vor einer weiteren Meinungsäußerung ein Hervortreten Preußens mit wirklich positiven, greifbaren, diskutablen Vorschlägen verlangten.

— Die hiesige „Amtszeitung“ meldet: Ein Gesetz vom 25. d. M. schreibt eine Zwangsanleihe von 12 Millionen Gulden für Lombardo-Venetien aus. Die Einzahlungen haben in 6 gleichen, für die Provinzen Venedig, Vicenza und Bellano Ende Juli, für die übrigen Ende Juni beginnenden Monatsraten in Silber oder Gold zu erfolgen.

— Die Königin von Württemberg reist heute Abend von hier ab und begiebt sich ohne Aufenthalt nach Stuttgart. Der Stallmeister der Königin, Graf v. Taubenheim, wurde mit einem hohen Orden decorirt.

Bestig, Dienstag, 29. Mai.

Der Bürgerausschuß hat in seiner heutigen Sitzung eine Loyalitätsadresse an den Kaiser beschlossen und eine Geldsammlung zur Unterstützung verwundeter Ungarn veranfaßt.

Ragusa, Mittwoch 30. Mai.

Gestern sind in Anitvaro eine türkische Fregatte, eine Corbette und ein Dampfavis eingetroffen, um die albanischen Küsten zu überwachen und sie vor jedem Handstreich italienischer Freiwilliger zu schützen.

Florenz, Mittwoch 30. Mai.

Die „Opinione“ meldet, daß der König heute Morgen ein Dekret unterzeichnet habe, durch welches zwei Bataillone freiwilliger Bersagliers gebildet werden. Ein zweites Dekret vermehrt das Freiwilligen-corps um 20 Bataillone.

Paris, Mittwoch 30. Mai.

Die Pforte hat darauf verzichtet, während der Dauer der Conferenzen in den Donaufürstenthümern zu interveniren; die türkische Regierung hofft eine ihre Würde wählende Kombination ausfindig zu machen. Prinz Karl v. Hohenzollern hat dem Sultan ein zweites Schreiben zugesandt, in welchem er erklärt, daß die gegenwärtigen Umstände ihm nicht gestatten, sich sofort nach Konstantinopel zu begeben; er werde jedoch demnächst dorthin kommen.

Die Wahlen.

Seitdem Preußen eine Verfassung hat, ist keine so wichtige Vorlage an das Preussische Volk getreten, wie die jetzt bevorstehenden Wahlen.

Das Abgeordnetenhaus wird von Sr. Majestät dem Könige vornehmlich zu dem Zwecke berufen, um Selter zum Schutz Preußens zu bewilligen.

Es ist also dieses Mal dem Abgeordnetenhaus eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt. Deshalb hat der Urwähler und Wahlmann mit sich selbst darüber einig zu werden, wie er zu dieser speciellen Frage steht, bevor er an die Wahl desjenigen Abgeordneten geht, der seinen Entschluß in der Kammer vertreten soll.

Jedem gewissenhaften Wähler der liberalen Partei, dem das Wohl des Staates ernstlich am Herzen liegt, wird die Entscheidung sehr schwer fallen. Denn er muß sich darüber schlüssig werden, was ihm schwerer wiegt: die Liebe zum Vaterlande oder sein sehnlicher Wunsch der Rückkehr zu liberalen Institutionen im Innern.

Wir hoffen, Se. Majestät der König wird dadurch, daß es ihm gelingt, den Konflikt zu beseitigen, was nach der Antwort an die Breslauer Stadtbehörden sein ernster Wille ist, dem Urwähler und Wahlmann eine so schwere Entscheidung ersparen. Aber nach der Verfassung hat der König das Recht, die Minister zu ernennen, und es fällt deshalb durchaus nicht in den Bereich der Unmöglichkeit, daß das neue Abgeordnetenhaus denselben Ministern entgegentritt, welchem die Majorität des aufgelösten Abgeordnetenhauses so eben die stärksten Beweise des Mißtrauens gegeben hat.

Diese Möglichkeit ist es, welche wir jetzt in's Auge fassen. Der Urwähler und Wahlmann hat sich also zu entscheiden

1) ob er diesem Ministerium kein Geld oder solches nur unter gewissen Bedingungen bewilligen will, 2) ob er diesem Ministerium bedingungslos Geld geben will.

Eine Nichtbewilligung oder Bewilligung unter gewissen Bedingungen steht insofern auf derselben Stufe, als der König die Macht hat, die Bedingungen abzulehnen.

Denken wir uns inmitten der Situation. Der Krieg hat begonnen, das Abgeordnetenhaus tritt zusammen und die jetzigen Minister verlangen Geld zur Führung des Krieges. Welches werden die Folgen sein, wenn das Abgeordnetenhaus antwortet: „Diesem Ministerium keinen Heller und keinen Pfennig,“ der König aber nach seinem verfassungsmäßigen Rechte dieses Ministerium nicht entläßt?

Dann ist nur zweierlei möglich, nämlich

- 1) der König ist, gleichviel ob Sieger oder bestigt, gezwungen, sofort Frieden zu schließen, oder
- 2) wie Graf Bismarck sagt: „Wir nehmen das Geld, wo wir es kriegen können.“

Es widerstrebt uns, uns die Folgen beider Alternativen auszumalen. Wir müßten verzweifeln an der weltgeschichtlichen Mission Preußens, wenn ein vorübergehender Zwist zwischen Volk und Regierung die Resultate des siebenjährigen Krieges vernichten sollte — noch schrecklicher aber ist uns der Gedanke, daß Preußen zu einer Zeit, in welcher jeder Nerv gegen den äußeren Feind angespannt werden muß, zugleich zwei Feinde, einen äußeren und einen inneren, zu bekämpfen hätte.

Gott erleuchte den König, er erleuchte aber auch das Volk, daß es sich seiner ganzen schweren Verantwortlichkeit bewußt sei, wenn es an den Wahltag tritt.

Bis zum letzten Augenblicke werden wir die Hoffnung nicht aufgeben auf beiderseitiges Entgegenkommen, ohne welches ein constitutioneller Staat überhaupt nicht denkbar ist. Tritt aber die Frage in solcher schroffen Gestalt, wie die ist, in welcher wir sie eben gestellt, an uns heran, so haben wir — wenigstens mit schwerem Herzen entschieden: Der Bestand unseres theuren Vaterlandes steht uns höher als selbst die Liebe zur Freiheit. Eine verlorne Provinz können wir vielleicht nie oder nur mit ungeheuren Opfern wieder erobern, die Rückkehr zu liberalen Institutionen ist dagegen in Preußen nur eine Frage der Zeit.

— b —

Berlin, 30. Mai.

— Wird es wirklich zu einer blutigen Entwicklung kommen, oder wird noch in der zwölften Stunde das Einsinken auf die Bahn einer friedlichen Verständigung erfolgen? — Die Frage mag wohl aufgeworfen werden, allein eine zuverlässige Beantwortung liegt unbedingt außer jeder menschlichen Voraussicht. Soviel muß indeß den österreichischen Staatsmännern doch einleuchten, daß ihr Versuch, eine militärische Pression auf Preußen auszuüben, vollständig gescheitert ist, und nicht minder auch, daß sie vom Gesammt-Deutschland immer und unter den günstigsten Umständen nur auf eine partielle und sehr ungenügende Hilfe zu zählen haben würden. Zunächst hat Preußen schon in seinen Rüstungen den süd- und mitteldeutschen Staaten einen Vorsprung von gut zwei Monaten abgewonnen, und dieser Vortheil kann für die gegenwärtige Kriegsführung nicht hoch genug angeschlagen werden. Auch sonst aber liegen auf dem politischen wie auf dem militärischen Gebiet alle Umstände augenblicklich für Oesterreich durchaus ungünstig. Eingestandenemmaßen besitzt dieser Staat zur Zeit noch keinen einzigen zuverlässigen Verbündeten. Seine eigenen innern Zustände geben überdies den preussischen nicht nur wenig nach, sondern erscheinen vielmehr weit schwieriger als diese, da sie eine Ausgleichung kaum zulassen, während der preussische innere Conflict durch die entsprechenden Concessionen der Regierung mit jedem Augenblicke geendert werden kann. Dazu sind die österreichischen Finanzverhältnisse die traurigsten. Endlich aber beläuft sich die österreichische Kriegsmacht, die höchsten sachverständigen Angaben dabei zu Grunde gelegt, auf etwa 700,000 Mann; allein ein Fünftel, wo nicht ein Viertel davon sind roh, Rekruten, an deren kriegsmäßige Verwendung vor Monaten nicht zu denken bleibt. Die preussische Armee, ohne das zweite Aufgebot der Landwehr und ohne Train und Noncombattanten, rund etwa 550- bis 600,000 Mann, besteht dagegen bis zum letzten Mann aus gedienten Soldaten. Italien verfügt dazu über mindestens 400,000 Mann, und verhält es sich mit der italienischen Armee im Wesentlichen wie mit der preussischen. Das militärische Uebergewicht auf dieser Seite beträgt somit gegen 300,000 Mann, oder, die zeitige Ausbildung der Truppen dabei in Betracht gezogen, nahezu das Doppelte. Dieses gegenseitige Kraftverhältniß ist jedenfalls aber zu ungleich, als daß es auf die letzten Entschlüsse des österreichischen Cabinets nicht einen Einfluß ausüben sollte. Vielleicht, daß deshalb gerade die Entfaltung so riesiger Kräfte noch als ein Anlaß zur friedlichen Austragung der jetzigen Wirren dienen möchte. Die ganze bisherige Handlungsweise der österreichischen Staatslenker ist freilich eine zu abnorme gewesen, um irgend mit einiger Zuverlässigkeit auf ein noch rechtzeitiges Bestimmen derselben schließen zu dürfen.

— Offenbar ist in der Entwicklung der Ereignisse eine Pause eingetreten. Während man bisher jeden Tag die Botschaft vom Ausbruch der Feindseligkeiten erwarten konnte, daß man, so scheint es, gegenwärtig die Kriegserklärung für nicht ganz nahe bevorstehend

halten. Mögen die Motive für diese Vertagung der Entscheidung darin liegen, daß auf beiden Seiten die Rüstungen noch nicht vollendet sind, oder mag sich der Gedanke an die ungeheuren Einsätze, welche die beteiligten Staaten zu machen hätten, wieder stärker den entscheidenden Kreisen aufdrängen — jedenfalls eröffnet sich noch einmal die Möglichkeit eines friedlichen Ausgangs. Der Congreß freilich wird diese Hoffnungen schwerlich stärken oder gar erfüllen; eher schon könnten die neuerdings aufgenommenen Verhandlungen am Bundestage die Spannung mildern, aber mit Sicherheit haben wir eine Verstärkung unserer Stellung und dadurch eine Herabstimmung der Angriffslust Oesterreichs nur dann zu erwarten, wenn die eingetretene Pause dazu benutzt wird, den inneren Frieden herzustellen.

— Gleichzeitig haben die deutschen Könige mehr oder minder feurige Reden zur Eröffnung der Landtage gehalten. Eine dieser Reden, diejenige des Königs von Sachsen, soll in Berlin an gewisser Stelle sehr unangenehm berührt haben. Leider entspricht dem Feuer dieser Könige und Staatsmänner die Haltung ihrer Völker nicht. In ganz Deutschland warnen die unabhängigen Stimmen vor einem Zusammengehen mit Oesterreich, dessen Sieg die crasseste Reaction über das Vaterland bringen würde. Wenn der Krieg nicht bald ausbricht, so erleben wir, daß selbst Sachsen abrüsten muß, weil ihm der nervus rerum ausgeht. „Kein Geld für die Rüstungen bewilligen!“ ist das Losungswort, welches in Darmstadt wie in Sachsen, Bayern und Württemberg erschallt!

— Die Dinge im deutschen Südwesten liegen bunt genug durch einander, um der Besorgniß Raum zu geben, es werde der Anstoß zu einem kriegerischen Ausbruche eher von hier als anderswoher ausgehen. Es wird viel darauf ankommen, wie lange Bayern und Baden dem Andrängen Oesterreichs und einiger andern Genossen, aus ihrer reservirten Haltung herauszutreten, widerstehen werden und können. Personen, welche genaue Kenntniß von den darauf bezüglichen Vorgängen und Insinuationen haben können, sagen es offen, daß namentlich ohne Badens vorstichtiges Verhalten die Dinge längst auf die Spitze getrieben sein und wir unzweifelhaft bereits unmittelbar vor dem Kriege stehen würden. Die beiden Staaten Württemberg und Darmstadt reichen nicht aus, das kühne Gebäude österreichischer Pläne auf die unbedingte Heeresfolge des Südens zu stützen; und neuerdings soll selbst Nassau wieder bedächtiger geworden sein und gerechte Bedenken tragen, für die mißliche Freundschaft Oesterreichs Alles zu wagen. So wogt es noch herüber und hinüber, und hat Nichts noch eigentlich feste Gestaltung gewonnen, außer hie und da leider! eine ganz heillose Begriffsverwirrung, die in der Furcht des Augenblicks Alles über Bord werfen zu wollen scheint, was einst hoch gehalten worden.

— Die Welt ist voller Widersprüche! Und in der Welt Frankreich oder rundweg gesagt: Napoleon, der wiederum die Weltlage beherrscht! Raum hatte der „Moniteur“ es für nothwendig erachtet, alle Gerüchte von geheimen Abmachungen zwischen Italien, Frankreich und Preußen, infolge deren die Italiener Sardinien, die Preußen die Rheinprovinz an Frankreich abtreten würden, für falsch erklärt, so kommen jetzt die Commentare in den französischen Zeitungen. Sardinien ist von Italienern, die Rheinlande sind von Deutschen bewohnt; da rührt Napoleon nicht an, aber seine Politik ist eine französische und die europäischen Interessen sind französische Interessen, und diese französischen Interessen erheischen, daß dem Saardistricte und Luxemburg gegenüber „Frankreich sich freie Hand behält.“ Das ist der Sinn des bereits gestern telegraphisch gemeldeten Artikels der „France“. Und während soeben Frankreich, der Tendenz der Neuzeit Rechnung tragend, entschieden gegen eine Vermehrung der Kleinstaaten war, lehrt uns gestern eine andere Depesche, daß der halbofficielle „Pays“ als Mittel zur Ausgleichung der Zerrwürfnisse unter anderen die Verwandlung der rheinischen, ehemaligen kurfürstlichen Territorien in einen besonderen deutschen Staat, der einen Theil des deutschen Bundes bildet, vorschlägt. Dort ein Kleinstaat beseitigt, hier ein Kleinstaat aufgerichtet. Der „Pays“ sagt noch nicht, ob der Augustenburger Souverän des neuen Staates wird, oder der König von Belgien, welcher dafür dem Kaiser Napoleon seine südlichen Lande zum Geschenk macht.

— Eine officiële Antwort, daß es auf den Congreß kommen wolle, hat Oesterreich noch nicht gegeben, und so mag denn, was die Einladungsnote betrifft, noch bemerkt sein, daß das Wiener Cabinet sich weder die Erwähnung Venetiens, noch den verbrannten Ausdruck: „La sécurité d'Italie“ darin gefallen lassen wollte, wahrscheinlich weil Oesterreich von der „Sicherheit Italiens“ nichts wissen will,

und daß es sich schließlich einladen ließ, um über „le différend Italien“ zu berathen. Das wird als kein gutes Vorzeichen für die friedlichen Absichten Oesterreichs angesehen. Die Mächte aber, welche ernstlich den Frieden erhalten wissen wollen, also England und Rußland, gedenken Oesterreich durch das langweilige „Gewehr beim Fuß!“ müde und ruhiger zu machen, und so verlaute denn auch schon in gewöhnlich gut orientirten Correspondenzen, daß Fürst Gortschakoff seine Reise von Petersburg nach Paris nicht zu eilig antreten wird, so daß die Eröffnung des Congresses leicht erst am 15. Juni stattfinden könnte. Aderweitig freilich meint man, daß diese Absicht durch Thaten vereitelt werden könnte. Ginge es nach dem Kaiser Napoleon, wie er jetzt gestimmt ist, und zwar durch eine von ihm nicht unterschätzte Friedensströmung im eigenen Lande gestimmt worden ist, so bliebe der Frieden erhalten. Man will mit Bestimmtheit wissen, daß des Kaisers Wünsche nicht mehr auf den Ausbruch des Krieges gerichtet sind. Ist dem so, dann wird er in Wien einen ernstlichen Druck auszuüben haben, denn die ernstesten Organe der österreichischen Presse halten nunmehr den Krieg für ein nothwendiges Uebel, nach dessen Ueberstehen man sich bessere Tage verspricht. Ein Verschieben des Kampfes auf einige Jahre gilt dort als werthlos. „Stehen wir nun einmal nach großen Opfern unseren Gegnern gegenüber, so möge auch der Gott der Schlachten zwischen uns und ihnen entscheiden!“ ruft die „Presse“ aus. Dieses Gefühl und das andere von der Unerträglichkeit der Lage bricht sich auch in Süddeutschland Bahn, wo man dem Congresse jetzt mehr als je irgend welchen Erfolg abspricht.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ stellt an officiële Stelle die Beweise der Friedensliebe Preußens, die aus dem Parlamentsantrage, den Erklärungen des Neunerausschusses und der Bundestagsitzung vom 24. Mai, sowie aus der Depesche an Württemberg vom 22. d. hervorgingen, zusammen und sagt schließlich: Diejenigen, welche einer Parlamentsberufung entgegen-treten, begünstigen den Krieg; die deutschen Stämme sind für den Frieden, ganz entschieden gegen einen Cabinetkrieg, und ihre Vertreter werden dem Frieden das Wort reden. Die deutschen Bundesregierungen mögen nicht das Wort vergessen: Deutsches Parlament ist Frieden.

— Preußen hat in den Vorverhandlungen seine Theilnahme an den Conferenzen nur unter der Voraussetzung zugesagt, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Bundes nicht beabsichtigt werde. Die Mächte sind aufmerksam gemacht, daß die preussischen Bundesreformvorschläge jeden Anlaß zu fremder Interpellation vermeiden.

— Die heutige „Provinzial-Correspondenz“ bemerkt gegenüber dem Ausspruch, der Regierung kein Geld zu bewilligen, bis die Forderungen der Fortschrittspartei erfüllt seien: dies sei nicht die Stimme des Preußenvolkes, weil damit Vaterlandsverrath geübt würde; dagegen werde die rücksichtslose patriotische Umgebung des Landtages unzweifelhaft das offenste Entgegenkommen der Regierung für die Beseitigung des Verfassungsconflictes finden.

— Der König präsidirte heute Mittag einer mehrstündigen Conferenz. Der Kronprinz ist wieder eingetroffen.

— Se. Maj. der König hat die ihm vorgelegten Bestimmungen über die Organisation der statt des Seekadetten-Instituts zu errichtenden Marine-Schule, sowie über die Bildung der Examinations-Commission für die Prüfungen zum Eintritt als Kadett, zum Seekadetten und zum See-Officier genehmigt.

— Die „Kreuzzeitung“ meldet, daß der General der Kavallerie, Graf Rostiz, Adjutant Blüchers bei Ligny, gestorben ist. — Baron Seebach ist von Gotha hier eingetroffen.

Hannover. In Hannover hat zur Feier des königl. Geburtstages große Parade stattgefunden, die der König persönlich abgenommen hat. Da Febermann weiß, daß der König stockblind ist, so erscheint dies Gebahren wirklich höchst lächerlich.

Dresden. Bei der Eröffnungssitzung der Abgeordneten-kammer schloß der Präsident Haberkorn seine Ansprache, in welcher er den Ruf: „das Vaterland ist in Gefahr“ für gerechtfertigt bezeichnete, mit den Worten: „Möge es jedoch auch ohne Schädigung der deutschen und sächsischen Ehre und Interessen gelingen, den Frieden zu erhalten, möge dazu jeder Theil das Seinige beitragen und sich der schweren Verantwortlichkeit vor Gott und Menschen bewußt bleiben, welche denjenigen trifft, der ohne Noth Blutvergießen und die Gräuél eines Bruderkrieges verschuldet.“

Wien. Der Kaiser sagte vorgestern in seiner Ansprache bei der Revue der Garnison: „Ich habe mit Befriedigung die Kundgebungen der kriegerischen Begeisterung wahrgenommen. Dieselbe ist ein wichtiger Factor zur möglichen Erhaltung des Friedens. Sollten jedoch die Bestrebungen, den Krieg hintanzuhalten, scheitern, so wird die Kriegsbegeisterung ein nicht minder segensreicher Factor für die Armee, die Völker und das Vaterland werden.“

— Dem österreichischen Militär ist verboten worden, die Grenze zu überschreiten.

— Die Commission zur Controlle der Staatsschuld hat soeben ihren Vortrag über den Stand der Staatsschuld im Jahre 1865 veröffentlicht. Im Eingange desselben befinden sich die zusammengestellten Hauptsummen der österreichischen Staatsschuld in den letztverfloffenen drei Jahren, laut welchem Ausweise zu Ende 1865 die gesammte allgemeine Staatsschuld 2,532,083,148 fl. 63 kr., die Schuld des lombardisch-venetianischen Königreiches 65,929,793 fl. 57 kr. u. die gesammte Grundentlastungsschuld 525,856,494 fl. 20 kr. betragen.

— Man prahlte bekanntlich bereits mit der Eroberung Berlins und Schlesiens als einem militärischen Kinderspiele; seitdem aber die Regierung, welche den Ernst ihrer Lage und eventuelle mißliche Folge würdigt, mit dem Plane umgeht, 20,000 Arbeiter zur Errichtung eines besetzten Lagers eine Stunde vor Wien zu engagiren, ist man auch im Volke etwas kühler und zurückhaltender geworden und scheint zu der Ansicht gekommen zu sein, daß es besser sei, die Rechnung nicht ohne den Wirth zu machen.

— Wir sehr sich in Oesterreich bei einzelnen Leuten der politische Fanatismus bereits bis zum offenbaren Wahnwitz gesteigert hat, beweist folgende, dem Wiener „Wanderer“ zugegangene und von ihm abgedruckte Zuschrift: „Lieber Redaction! Da Graf Bismarck als Landwehrmajor gegen uns ins Feld zu ziehen gedenkt, und ich den sauberen Grafen gerne einmal anders, denn als Gast unseres Kaisers im Lande wissen möchte: „100 fl. demjenigen Krieger, der sothanen Grafen Bismarck der Erste ergreift, und sei es allein oder mit Hilfe Anderer, sei es mit ganzen oder durchlöcherter Fell, sei es todt oder lebendig zum Gefangenen macht.“ Gewiß sind noch Andere, die ihr Schärlein zu gleichem Zwecke beitragen wollen und den Preis dadurch angemessen erhöhen. Um die Verlautbarung meines wohlgemeinten Angebotes ersuchend, mit Hochachtung der löblichen Redaction ergebener Dr. Joseph Hundegger, Advocat in Murau.“

— Die „Süddeutsche Post“ schreibt: „Die Rheinprovinz und Westphalen werden von Truppen fast ganz entblößt, entweder weil man von Seite Frankreichs keine Gefahr befürchtet oder von vornherein dem Zusammenstoß mit französischen Truppen aus dem Wege gehen will, um sich so gezwungen nehmen zu lassen, was man freiwillig nur nicht geben darf.“ (Man sieht, bis zu welcher gemeinen Verdächtigung sich die Polemik der österreichischen Blätter erniedrigt.)

Bukarest. Die Voraussetzung, daß der Prinz Carl von Hohenzollern nicht ohne vorheriges Einverständnis mit Frankreich und Rußland die rumänische Krone angenommen und sich nach Bukarest begeben haben konnte, bestätigt sich jetzt durch die Thatsachen. Nachdem sich erst die Pariser Conferenz gegen die Wahl eines ausländischen Prinzen zum Hospodar erklärt hatte, hat sie jetzt beschlossen, sich der Wahl des Prinzen von Hohenzollern nicht entgegen zu stellen, sondern die Entwicklung der Dinge abzuwarten. In Folge dessen hat nun auch die Türkei beschlossen, keine Truppen in die Donaufürstenthümer zu senden, um sich der Wahl zu widersetzen. Prinz Carl ist somit faktisch Hospodar von Rumänien, und wenn auch als solcher bis jetzt von keiner Macht anerkannt, doch auch von keiner angegriffen. Es kommt nun auf ihn an, ob er das rumänische Volk zu nehmen und damit seinen Platz zu behaupten versteht. Seine Regierung kann von großer Bedeutung für die Zukunft der europäischen Türkei werden.

Konstantinopel. Der Sultan sieht den Augenblick herannahen, wo die Zerstückelung seines Reiches beginnt, sein Sackel aber mit einigen hundert Millionen Gulden gefüllt wird. Berichten aus der Levante zufolge soll er mit edler Selbstverläugnung dem europäischen Frieden das Opfer bringen wollen, einige seiner schönen Provinzen hinzugeben!!

Florenz. Hier glaubt man allen Ernstes, die preussischen Kriegsschiffe würden sich von Kiel in das adriatische Meer begeben, um an der Befreiung von Venetien theilzunehmen.

Paris. Die neutralen Mächte haben in ihren Einladungsschreiben angekündigt, daß in der ersten Sitzung der Conferenz die Einstellung der Rüstungen zu beschließen sei.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 31. Mai.

— So wenig über die preussischen Rüstungsmaßregeln in die Oeffentlichkeit dringt, so bleibt doch unverkennbar, daß dieselben seit ungefähr vierzehn Tagen einen durchaus veränderten Charakter angenommen haben. Wenn bis dahin nur eine nahezu ausschließliche defensive Richtung in derselben ausgesprochen lag, so tritt gegenwärtig doch die Richtung auf die Offensive von Tage zu Tage deutlicher in die Erscheinung. Es kann dabei sowohl aus patriotischen Rücksichten, als im Hinblick auf den betreffenden Erlaß der Regierung nicht auf die einzelnen Details eingegangen werden, allein dafür, in wie hohem Maße dies der Fall ist, genügt der eine Umstand, daß in dem erwähnten Zeitraum der weit überwiegende Theil der Landwehr des ersten Aufgebots für den sofortigen Feldgebrauch ebenfalls mobilisirt worden ist. Die Bestände an bereiten Waffen haben ausgereicht, um alle diese Bataillone wie mit einem Schlage mit Zündnadelgewehren zu bewaffnen, und ebenso hat die Stellung der Landwehrruppen auf den vollen Kriegsfuß in Hinsicht ihrer kriegsmäßigen Ausrüstung kaum irgend einen merklichen Aufenthalt erfahren. Gewiß ist, daß die diesmalige Mobilmachung mit der von 1850 und 1859 in Bezug auf die damals und jetzt in Wirksamkeit getretenen Umstände und Verzögerungen nicht den entferntesten Vergleich gestattet. Alles entwickelt sich diesmal mit einer Regelmäßigkeit fast Zug um Zug, mit Sicherheit und Zuverlässigkeit, und sind die preussischen militärischen Maßnahmen überhaupt so, daß man der Entwicklung des sich vorbereitenden blutigen Dramas in der That mit Ruhe entgegensehen kann.

— Auch für die Landwehr zweiten Aufgebots soll eine letzte Dienstklasse gebildet werden, damit die durchaus unabhängigen Wehrleute berücksichtigt werden können. Diese Berücksichtigungen sind jedoch nur zulässig, wenn ein Mann als der einzige Ernährer seines arbeitsunfähigen Vaters oder seiner Mutter, mit denen er ein Oboach hat, zu betrachten ist, ein Knecht oder Geselle nicht gehalten werden kann, auch durch die gesetzlich den Familien der Reserve- und Landwehrmannschaften zu gewährenden Unterstützungen der dauernde Ruin des elterlichen Hausstandes bei der Entfernung des Sohnes nicht zu beseitigen ist; ferner, wenn ein Wehrmann, der das 30. Lebensjahr erreicht hat, oder einem der beiden ältesten Jahrgänge des ersten Aufgebotes angehört, als Grundbesitzer, Bäcker, Gewerbetreibender, oder als Ernährer einer zahlreichen Familie, selbst bei dem Genusse der gesetzlichen Unterstützung, seinen Hausstand und seine Angehörigen durch die Entfernung dem gänzlichen Verfall und dem Elende Preis geben würde; endlich, wenn in einzelnen dringenden Fällen die Zurückstellung eines Mannes, dessen geeignete Vertretung auf keine Weise zu ermöglichen ist, im Interesse der allgemeinen Landeskultur und der National-Deconomie für unabwieslich nothwendig erachtet wird.

— Um den im Fall eines Krieges eintretenden Bedarf an Ersatzmannschaften zu decken, ohne die älteren Jahrgänge der Landwehr heranzuziehen, soll nöthigenfalls noch im Laufe des Sommers eine Musterung der Heerespflichtigen, welche in den Jahren 1865 rückwärts bis 1857 von der Einstellung frei geblieben sind, stattfinden und zu diesem Behuf ein zweites Ersatzgeschäft abgehalten werden. Bei demselben konkurriren alle in den Jahren 1843 bis einschließlich 1835 geborenen Heerespflichtigen, welche in den Jahren 1865 bis einschließlich 1857 1) zur Armee-Reserve, 2) zum Train oder zum Dienst als Handwerker, 3) zur Ersatz-Reserve designirt worden oder 4) disponibel geblieben sind. Es findet die Heranziehung statt, gleichviel, ob die Designirung zur Ersatz-Reserve wegen körperlicher Fehler oder wegen Familien-Verhältnisse oder wegen hoher Loosnummer stattgefunden hat, und bleiben hiernach nur diejenigen Heerespflichtigen der gedachten Jahrgänge von der beabsichtigten wiederholten Vorstellung ausgeschlossen, welche seiner Zeit als dauernd dienstunbrauchbar von aller ferneren Dienstpflichtigkeit gänzlich entbunden worden sind.

— Zur Vorbereitung des zweiten Ersatzgeschäftes haben die Ersatzbehörden zunächst eine öffentliche Aufforderung an die Personen der oben bezeichneten Kategorien zur Meldung bei den mit Führung der Stammrollen beauftragten Behörden, unter der Verwarnung zu erlassen, daß diejenigen, welche sich nicht melden, als unsichere Heerespflichtige behandelt werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist in jener öffentlichen Aufforderung hervorzuheben, daß die Einstellung nur zum Zweck der eventuellen Musterung zu erfolgen habe. Die zur Anmeldung kommenden Personen sind in den Stammrollen der Jahrgänge,

denen sie angehören, zu notiren, resp. nachzutragen, und hat die Ortsbehörde gleichzeitig von Amtswegen zu ermitteln, ob noch andere gestellungspflichtige Personen im Gemeindebezirk vorhanden sind. Hinsichtlich der in den Stammrollen aufgeführten Personen, welche zu den oben bezeichneten Kategorien gehören, sich aber nicht mehr im Gemeindebezirk aufhalten, ist der Verbleib zu ermitteln und das Resultat der Ermittlung in der Stammrolle zu notiren. Auf Grund der so berichtigten Stammrollen stellt die Ortsbehörde eine nach Jahrgängen geordnete neue Stammrolle der beim 2. Ersatz-Geschäft concurrirenden Mannschaften auf und reicht dieselbe dem Kreislandrath ein, welcher sie mit den alphabetischen und Vorstellungslisten der Vorjahre vergleicht, die Verzogenen, sofern ihr Aufenthaltort bekannt ist, wie beim gewöhnlichen Ersatzgeschäft überweist und demnächst eine neue alphabetische Liste aufstellt, in welche die sämtlichen concurrirenden Mannschaften, nach Jahrgängen in der vorgeschriebenen Reihenfolge geordnet, eingetragen werden. Die in der alphabetischen Liste aufgeführten Mannschaften werden durch die Kreis-Ersatz-Commission gemustert, und sofern der Militär-Vorstand sie für selbstdienstfähig oder als Deconomie-Handwerker verwendbar anerkennt, in die der Departements-Ersatz-Commission einzureichende Vorstellungsliste übertragen, andernfalls aber definitiv ausgemustert. Bei der Designation ist mit möglichster Sorgfalt zu verfahren, damit die Aushebung nöthigenfalls ohne zuvorige Superrevision durch die Departements-Ersatz-Commission erfolgen kann.

— Die von der Kreis-Ersatz-Kommission als begründet anerkannten Reclamationen bedürfen nicht der Befätigung durch die Departements-Ersatz-Kommission, sofern der Landwehr-Bataillons-Commandeur und der Kreis-Landrath mit dem Beschluß der Kreis-Ersatz-Kommission einverstanden sind.

— Es ist folgender Staatsministerialbeschuß gefaßt worden: „Auf den Antrag des Kriegsministers beschließt das Staatsministerium, daß die Bestimmungen über die Behandlung der Civilbeamten, welche im Falle einer Mobilmachung in die Armee eintreten, auch auf diejenigen Civilbeamten anzuwenden sind, welche jetzt aus dem Reserve- und Landwehrverhältnisse zu den Fahnen augmentirter Truppen u. einberufen worden sind, bez. noch einberufen werden sollten.“

— Das Kriegs-Ministerium hat, nach eingetretener Mobilmachung des Heeres, die Ober-Präsidenten ersucht, die ihnen untergebenen Bezirks-Regierungen zu beauftragen, die Haupt-Liquidation nebst den General-Nationallisten und dazu gehörigen Belegen über den bezahlten Taxwerth der vom Lande ausgehobenen Pferde vorrevidirt und rechnungsmäßig festgestellt nach Berlin einzureichen, um die Erstattung des Vorschusses veranlassen zu können. Ebenmäßig sind die Regierungen, Behufs der Feststellung der Vergütungssätze für die Landleieferungen an Lebensmitteln und Fourage, ersucht worden, eine Nachweisung über die Durchschnittspreise der letzten zehn Friedensjahre, mit Weglassung des theuersten und wohlfeilsten Jahres, bald einzureichen und die danach festzustellenden Sätze in Vorschlag zu bringen.

— Sr. Maj. Panzer-Widderschiff „Arminius“, Commandant Werner, ist heute nach Kiel abgefegelt.

Schönlanke. Vergangenen Sonntag zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags entstand in einer Schenung des Behler Forst-Reviere Feuer. Dasselbe hatte sich in kurzer Zeit auf einen Raum von ungefähr 50 Morgen ausgebreitet. Der herbeigeeilten Rettungsmannschaft gelang es, dem vernichtenden Element durch das Aufwerfen eines Grabens um die brennende Fläche Grenzen zu setzen.

Gerichtszeitung.

Ein ungewöhnlich interessanter Diebstahl-Prozeß ward leztlich in Berlin gegen den Schuhmachergehilfen Strauß verhandelt. Letzterer befand sich vor einiger Zeit auf der Wanderschaft und traf eines Tages in der Nähe von Neustadt mit dem Schachtmeister Sechner zusammen, der dasselbe Reiseziel hatte und daher auch denselben Weg verfolgte. Beide waren einander vollständig fremd, fragten sich gegenseitig auch nicht, wer sie wären, gingen aber trotzdem in aller Gemüthlichkeit und Freundschaft zusammen, wie Wanderer es zu thun pflegen, die der Zufall vereinigt und die das Bedürfnis fühlen, sich die Zeit und den Weg durch Unterhaltung abzukürzen. An einem Wirthshause anlangend, machte Sechner den Vorschlag, dabeilbst einzukneben und einen Trunk zu nehmen. Strauß war hiermit zwar vollständig einverstanden, erklärte aber sehr offen, daß ihm — wie dies armen Handwerksburschen oft geschieht — das Geld total ausgegangen und er daher nicht im Stande sei, auch nur ein Glas Bier zu bezahlen. Er bat aber den Sechner, ihm zu diesem Behufe fünf Groschen zu leihen, die er ihm in der nächsten Stadt, welche sie erreichen würden, zurückerkaffen wolle. Er bot für das gewünschte Darlehen auch eine Art von Pfand an, welches in seiner schrift-

